



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus

Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 9. November 2011

Bericht aus Berlin 10/2011

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

die Koalitionsbeschlüsse zur Steuerpolitik vom vergangenen Sonntag nützen nur wenigen, schaden aber sehr vielen Menschen. Einige Beobachter sind genügsam geworden und glauben, wenn es binnen 24 Stunden kein Dementi der unberechenbaren CSU gibt, sei das schon ein Erfolg. Wer genau hinsieht, erkennt jedoch die ungebrochene Kontinuität des schwarz-gelben Elends. Merkel und Rösler sprechen von „Entlastung“. Aber ausgerechnet das, was fünf Millionen Menschen in Arbeit wirklich hilft und dringend einer Klärung innerhalb der Koalition bedurft hätte, wurde gar nicht erst angesprochen: Ob der gesetzliche Mindestlohn kommt, ist weiter vollkommen offen. Das Koalitionschaos in dieser Frage setzt sich ungebremst fort.

Die Beschlüsse in Sachen Steuern muss man schlichtweg Betrug nennen. Sie sollen angeblich kleinen und mittleren Einkommen zugutekommen. Tatsache ist: Sie haben lächerlich geringe Wirkungen für Menschen, die ein wirklich geringes Einkommen haben. Noch sind die schwarz-gelben Beschlüsse zu schwammig, um genaue Zahlen zu fixieren. Aber erste Schätzungen des Bundes der Steuerzahler zeigen, was gespielt wird: Die für 2013 angekündigte Steuerabsenkung von zwei Milliarden Euro bringt demzufolge für einen Geringverdiener 1,40 Euro im Monat. Wer hingegen den Spitzensteuersatz erreicht, bekommt 9,60 Euro im Monat. Wie Merkel, Rösler und Seehofer für so etwas eine Pressekonferenz ansetzen, ist eigentlich



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

eine Frechheit. Hier wird mit der Gießkanne ein Milliardenbetrag über alle Einkommensgruppen so verteilt, dass die dicksten Tropfen auch noch bei den Besserverdienern ankommen. Was keinen einzelnen Menschen froh macht, entzieht Bund und Ländern in der Summe dennoch zuerst zwei Milliarden und dann insgesamt acht Milliarden Euro jährlich für dringend notwendige Investitionen. Und es sind Steuersenkungen auf Pump. Während Merkel von Montag bis Samstag beschwört, Europa müsse in der Schuldenkrise konsolidieren, beschließt sie an einem Sonntag, Geld zu verteilen, das der Finanzminister am Kapitalmarkt aufnehmen muss. Deutschland muss sich nach wie vor jedes Jahr kräftig neu verschulden.

Das Koalitionspapier trägt den Titel „Wachstumskräfte in Deutschland stärken“ - noch ein schlechter Witz. Denn erstens ist alles erst für das Wahljahr 2013 geplant, das Wachstum aber droht schon heute einzubrechen. Und zweitens wird eine Steuermaßnahme, die weniger als ein Prozent des Gesamtaufkommens der Lohn- und Einkommenssteuer umfasst, das Wachstum nicht mehr als ein trockener Husten beeinflussen.

Was den Geringverdienern wirklich hilft, das wäre der **gesetzliche Mindestlohn**. Er würde mehr als fünf Millionen Arbeitnehmern, 16 % der gesamten Arbeitnehmerschaft, endlich wenigstens das Minimum an Einkommen bringen, das die Bedürftigkeit vermeidet. Der Mindestlohn würde den Steuerzahler um Milliarden entlasten, weil er nicht mehr Dumpinglöhne subventionieren müsste. Er würde zugleich Kaufkraft und Binnennachfrage nennenswert stärken. Darüber aber wurde am Sonntag nicht entschieden, wohl nicht einmal gesprochen. Beim gesetzlichen Mindestlohn hat die CDU vor ihrem Parteitag eine vieldeutige Ankündigung gemacht. FDP und zahlreiche Unionsvertreter lehnen den Mindestlohn ab, einzelne CDU-Leute sind dafür. So wird das nichts. Wir fordern Merkel auf, den Mindestlohn ins Parlament zu bringen. Da haben wir eine Mehrheit für den gesetzlichen Mindestlohn. Nur als Parteivorsitzende vom Mindestlohn zu reden, dann aber als Kanzlerin nicht zu liefern - das ist ein politisches Täuschungsmanöver, und ein Betrug an den Menschen mit geringem Einkommen.

Beim irrsinnigen „**Betreuungsgeld**“ - **der Bildungs-Fernhalteprämie** -

richtet Schwarz-Gelb großen Schaden an. Wir machen dies in einer Aktuellen Stunde des Bundestages zum Thema. Vor kurzem noch hat die Union zum 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei landauf landab Reden darüber gehalten, wie wichtig das frühe Erlernen der deutschen Sprache für eine gelingende Integration sei. Das Entsetzen muss jetzt alle packen, die eine frühe Förderung und den Ausbau der Kita-Plätze voranbringen wollen: Rund zwei Milliarden Euro sollen verschwendet werden, um eine Prämie dafür zu zahlen, dass Kinder nicht in die Kita gehen. In Städten mit vielen Einwandererkindern, die dringend mit anderen Kindern deutsch sprechen und lernen müssen, ist das ein verheerender Schlag gegen die Integration. Zugleich warnen die Länder, dass der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab 2013 nicht zu halten ist, weil das Geld für den Ausbau fehlt. Die Antwort von Schwarz-Gelb darauf lautet, den Ländern durch verteilungspolitisch sinnlose Steuermaßnahmen noch einmal Einnahmeverluste aufzuladen. Wegen des für die Länder ab 2020 absolut geltenden Neuverschuldungsverbots bringt jede weitere Mindereinnahme den Zwang, Leistungen zu streichen. Schwarz-Gelb ist ein Zukunftsrisiko.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Auch die Krise Europas schwelt weiter. In der jetzigen Finanzkrise rächt sich, dass seit dem Zusammenbruch der Banken 2008 in der Substanz nichts erreicht wurde, um die Realwirtschaft zu stärken und die spekulativen Risiken der Finanzwirtschaft einzudämmen. Der **G20-Gipfel von Cannes** am 3. und 4. November hat wieder keine greifbaren Fortschritte gebracht. Bereits getroffene Absichtserklärungen wurden noch einmal mit einer Absichtserklärung bestätigt.

Keine Konkretisierung, kein Aktionsplan, keine Umsetzungsschritte, vor allem wieder kein Durchbruch bei der Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer. Unsere Forderungen gelten weiterhin mit allem Nachdruck.

Wir fordern:

- die Finanztransaktionssteuer
- eine Trennung des hochriskanten Investmentbanking vom realwirtschaftlichen Kreditgeschäft
- eine strenge Regulierung des computergestützten Hochfrequenzhandels
- ein europaweites Verbot von ungedeckten Leerverkäufen und von spekulativen Kreditausfallversicherungen, bei denen die Erwerber der Versicherungsscheine gar kein Eigentum haben, das sie versichern wollen
- für ein Verbot des spekulativen Rohstoffhandels ohne Bezug zum wirklichen Umschlag von Waren
- die Orientierung der Managerbezahlung am langfristigen Unternehmenserfolg
- die Begrenzung der steuerlichen Absetzbarkeit von hohen und höchsten Managervergütungen. Wir haben in der Finanzkrise kein Erkenntnisproblem. Wir haben ein politisches Durchsetzungsproblem.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Doppelte Staatsangehörigkeit einführen

Den fünfzigsten Jahrestag des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens nehmen wir zum Anlass für ein Bekenntnis zur doppelten Staatsangehörigkeit beziehungsweise Mehrstaatigkeit. Unser Gesetzentwurf schafft das Optionsmodell ab. Hier geborene Kinder ausländischer Eltern erwerben die deutsche sowie die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern. Sie können beide Staatsangehörigkeiten dauerhaft behalten, ohne sich für eine der beiden entscheiden zu müssen. Eingebürgerte sollen ihre alte Staatsangehörigkeit behalten dürfen. Der regelmäßige Voraufenthalt wird von acht auf sieben Jahre verkürzt. Zeiten der Duldung oder Aufenthaltsgestattung werden angerechnet. Privilegierungsgründe, die den erforderlichen Voraufenthalt verkürzen, werden geändert. Die Sprachanforderungen und der Einbürgerungstest werden für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen sowie Analphabeten angepasst. Die Privilegierung der Ehegatten wird auf gleichgeschlechtliche Lebenspartner ausgeweitet.

Finanzmärkte regulieren

Die Bundesregierung hat die Verabredungen zur Finanzmarktregulierung der G-20-Gipfeltreffen 2008 in Washington und 2009 in Pittsburgh nicht voran gebracht. Auch beim G20-Gipfel in Cannes gab es keine Fortschritte. Weder ist die realwirtschaftliche Funktion der Finanzmärkte gegenüber spekulativen Eigengeschäften gestärkt, noch sind wirkungsvolle Regulierungsvorschläge gemacht worden. Die Bundesregierung hat bei der Aushandlung europäischer Richtlinien zur Regulierung der Ratingagenturen, von Hedge-Fonds und der Verbriefung von Kreditrisiken keinen Gestaltungswillen gezeigt. Ein neuer Anlauf zu einer durchgreifenden Finanzmarktregulierung ist deshalb erforderlich. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, den Finanzsektor krisenfest zu machen. Banken müssen ihre Eigenkapitalquoten steigern und ihre Verschuldung begrenzen. Darüber hinaus muss es einen europäischen Rekapitalisierungsmechanismus geben. Dividenden auf zukünftige Gewinne sollen nicht mehr ausgeschüttet, sondern zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis verwandt werden. Das



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Eigenhandelsgeschäft in Investment- und Schattenbanken ist vom Kredit- und Einlagengeschäft der Geschäftsbanken zu trennen. Eine europäische Bankenaufsicht soll die Markttransparenz erhöhen. Hochspekulative Finanzmarktprodukte und der Hochfrequenzhandel müssen reguliert und schädliche Finanzmarktprodukte europaweit verboten werden. Ein europäisches Insolvenzverfahren für grenzüberschreitend tätige Finanzinstitute ist notwendig. Durch eine Finanztransaktionssteuer sollen Banken an den Kosten der Krise beteiligt werden. Wenn sie nicht innerhalb der EU einzuführen ist, dann in der Eurozone oder gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten. Schließlich sollen Managergehälter sich am langfristigen Unternehmenserfolg orientieren und nur begrenzt steuerlich absetzbar sein.

ALTHEA-Mission verlängern

Die EU-geführte Operation „ALTHEA“ besteht seit Dezember 2004. Sie hat zum Ziel, durch die Implementierung der Daytoner Friedensvereinbarung und der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats den Friedensprozess in Bosnien und Herzegowina weiter zu stabilisieren. Die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte soll diese Woche um ein weiteres Jahr verlängert werden. Bis zu 800 Soldatinnen und Soldaten sollen eingesetzt werden können. Dies erfordert Zusatzausgaben in Höhe von 6,8 Mio. € bis November 2012. Davon entfallen rund 0,8 Mio. € auf das Haushaltsjahr 2011 und rund 6,0 Mio. € auf das Haushaltsjahr 2012. Die SPD-Bundestagsfraktion hat „ALTHEA“ von Anfang an unterstützt. Unsere Zustimmung zur Verlängerung der Operation ist daher ein wichtiges politisches Bekenntnis.

Verkehrspolitik neu ausrichten

Die EU-Kommission hat im März ihre Strategie „Verkehr 2050“ mit dem Weißbuch „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum“ vorgelegt. Damit wird ein grundlegender Strukturwandel eingeleitet, der Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und Soziales miteinander verbindet. Die Ziele im Umwelt- und Klimaschutz, bei der Energieeffizienz im Verkehr und regenerativen Energieformen sind zu unterstützen. Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes und die damit verbundene



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verkehrswirtschaft müssen aber auch vorangetrieben werden. Die Maßnahmenvorschläge der EU-Kommission für ein wettbewerbsorientiertes und umweltfreundliches, effizientes Verkehrssystem sollen den europäischen Wirtschaftsraum stärken und Arbeitsplätze schaffen. Allerdings ist ungeklärt, wie der festgestellte Investitionsbedarf gedeckt werden soll. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich bei der EU-Kommission für die nationalen Belange der Infrastrukturentwicklung und der Fortentwicklung des europäischen Verkehrsraumes einzusetzen. Bei der Formulierung von Legislativakten muss das Subsidiaritätsprinzip beachtet werden. Die nationale Verkehrspolitik und Verkehrsplanung soll mit europäischen Zielen abgestimmt und für den Neustart einer integrierten Verkehrspolitik genutzt werden. Die Verfolgung von Klimaschutzzielen und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit müssen dabei in einem ausgeglichenen Verhältnis stehen.

Glücksspielsucht bekämpfen

Glücksspielsucht kann für Betroffene und deren Familien dramatische psychische und materielle Folgen haben. Geldspielautomaten haben durch die rasche Spielfolge mit schnellen Gewinn- und Verlustentscheidungen einen besonders großen Suchtfaktor. Ihre Verbreitung ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Das staatliche Glücksspielmonopol ist mit Spielsuchtbekämpfung und dem Schutz der Spieler begründet. Damit es erhalten bleibt, fordert die EU ein kohärentes System der Suchtprävention in allen Glücksspielbereichen. Noch in diesem Jahr soll es einen neuen Staatsvertrag der Länder darüber geben. Die bisherigen Vorschläge der Bundesregierung sind allerdings nicht ausreichend. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, gemeinsam mit den Ländern ein kohärentes und konsistentes Gesamtsystem zur Bekämpfung von Spielsucht zu entwickeln. Der Glücksspielmarkt darf nicht durch die Länder erweitert werden. Bei Spielautomaten sollen die Suchtprävention und der Unterhaltungscharakter gestärkt werden. Der Jugendschutz muss durch ein Identifikationssystem, Ausweispflicht sowie durch effektivere Kontrolle und Bestrafung verschärft werden. Die Zahl der erlaubten Geldspielautomaten in Spielhallen und gastronomischen Einrichtungen ist zu



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

reduzieren. Die Kommunen brauchen zudem einen größeren Spielraum, um die Standorte von Spielhallen zu bestimmen.

Rechtsextremismus im Sport bekämpfen

Rechtsextremisten instrumentalisieren Sportvereine und -veranstaltungen verstärkt für die Verbreitung ihrer Ansichten. Verbände, Vereine, Funktionärinnen und Funktionäre sowie aktive Sportlerinnen und Sportler müssen dafür sensibilisiert und bei Gegenmaßnahmen unterstützt werden. Bestehende Hilfsangebote sind unterfinanziert, regional begrenzt oder zeitlich befristet. Die Regierungsinitiative „Verein(t) gegen Rechtsextremismus – Handlungskonzept von Sport und Politik zur Förderung von Toleranz, Respekt und Achtung der Menschenwürde“ ist nicht ausreichend. Vereine und Verbände müssen bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes und bei Sensibilisierungs-, Präventions- und Interventionsmaßnahmen unterstützt werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, einen Bericht über extremistische und verfassungsfeindliche Bestrebungen im Sport vorzulegen. Auch Sportberichte müssen darüber Auskunft geben. Verbände und Vereine sind bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen mit dauerhaften Förderstrukturen zu unterstützen. Neue Modellprojekte sollen initiiert und gefördert werden. Um ehrenamtliche Strukturen nicht zu überfordern, sollen Landessportverbände Ansprechpartner benennen. Auch wissenschaftliche Forschung und politische Bildung in diesem Bereich müssen gefördert werden.

Menschenrechte in Subsahara-Afrika fördern

In vielen Staaten in Subsahara-Afrika werden die Menschenrechte verletzt. Dabei sind die Achtung der Menschenrechte und eine demokratische Staatsführung der Schlüssel zu nachhaltiger Entwicklung. Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung haben dieses Jahr ihre Afrika-Konzepte vorgestellt. Darin spielen die Menschenrechte als Grundlage politischen Handelns und als Querschnittsaufgabe eine wesentliche Rolle. Jedoch fehlt es an einer kohärenten deutschen Menschenrechtspolitik für die Region, die bilaterale und multilaterale Maßnahmen zusammen führt. Zudem stellt die Bundesregierung weiterhin



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, eine kohärente Menschenrechtspolitik zu entwickeln. In Subsahara-Afrika sollen von Deutschland, der EU und internationalen Organisationen vorrangig menschenrechtliche Ziele verfolgt werden. Die Bundesregierung soll sich für die Unterzeichnung und Einhaltung internationaler Abkommen und die Umsetzung von Länderstrategien einsetzen.

Menschenrechtsverletzungen müssen wirksam von internationalen Organisationen verfolgt werden. Menschenrechtsverteidiger und zivilgesellschaftliche Akteure sollen geschützt und gefördert werden. Deutschland soll sowohl für die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs werben, als auch den Afrikanischen Gerichtshof für Menschenrechte unterstützen. Auch die menschenrechtliche Verantwortung deutscher Unternehmen muss gefördert werden. Schließlich soll Deutschland sich weiter an der Bewältigung der Notsituation am Horn von Afrika beteiligen.

Verbot von Streumunition umsetzen

Die Übereinkommen zum Verbot von Antipersonenminen und Streumunition (Convention on Cluster Munitions - CCM) sind Meilensteine für den Schutz der Zivilbevölkerung. Mit ihrer Ratifikation hat die Bundesregierung sich verpflichtet, das Verbot konsequent und umfassend umzusetzen. Die Mehrzahl der Hersteller- und Besitzerstaaten von Antipersonenminen und Streumunition haben die Übereinkommen jedoch nicht unterzeichnet. Und einige setzen sich im Rahmen des UN-Waffenübereinkommens für neue Standards ein, die die CCM-Standards unterlaufen. In unserem gemeinsamen Antrag mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung daher auf, ein Veto gegen den aktuellen Protokollentwurf VI des UN-Waffenübereinkommens zu Streumunition einzulegen. Kein Abkommen, das einen Rückschritt gegenüber der CCM darstellt, darf unterstützt werden. Eine Universalisierung des Verbotes von Streumunition muss durch eine Universalisierung der CCM erreicht werden. Dieser Antrag ergänzt den bereits eingebrachten interfraktionellen Oppositionsantrag „Investitionen in Antipersonenminen und Streumunition gesetzlich verbieten und die steuerliche Förderung beenden“ aus abrüstungs- und rüstungskontrollpolitischer Sicht.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Radargeschädigte versorgen

Durch ionisierende Strahlung waren Angehörige der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee bis in die 1980er Jahre gesundheitsschädlichen Partikeln ausgesetzt. Sie sind teilweise schwer erkrankt, können einen Zusammenhang mit der Strahlung aber oft nur schwer nachweisen. Die Einsetzung der Radarkommission durch das Bundesverteidigungsministerium hat die Entschädigung voran gebracht. In einem interfraktionellen Antrag fordern wir die Bundesregierung gemeinsam mit den Fraktionen von CDU/CSU, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf, auch bei den noch nicht abgeschlossenen Einzelfällen für eine angemessene Entschädigung zu sorgen. Es soll geprüft werden, für die unterschiedlichen Betroffenen Gruppen eine Stiftung einzurichten. Weitere Stiftungsgelder sollen durch eventuelle Einbeziehung der Gerätehersteller erbracht werden. Die Ergebnisse der Radarkommission sind umzusetzen. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen genutzt und die Einrichtung eines unabhängigen Gremiums zur Vermittlung in Zweifelsfällen geprüft werden. Dem Verteidigungsausschuss soll zudem jährlich ein Bericht vorgelegt werden.

Klimadiplomatie stärken

Klimadiplomatie ist langfristig angelegte Krisen- und Konfliktprävention, Außenhandelspolitik sowie Entwicklungspolitik. Sie unterstützt den Weg zu einer funktionierenden weltweiten Staatengemeinschaft und dient der Armutsbekämpfung im Sinne der UN-Millenniums-Entwicklungsziele. Der internationale Klimaschutzprozess und die deutsche und europäische Klimadiplomatie sind seit der ergebnisarmen UN-Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 in der Krise. Neue Allianzen wie die der BASIC-Staaten (Brasilien, China, Südafrika und Indien) bestimmen die Verhandlungen nun mit. Auf der UN-Klimakonferenz in Cancún 2010 wurde das Ziel eines weltweit verbindlichen Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls vereinbart. Um dies auf der UN-Klimakonferenz Ende dieses Jahres in Durban zu verwirklichen, muss der internationale Klimaschutzprozess stärker mit außenpolitischen Instrumenten vorangetrieben werden. Wir brauchen größeres Vertrauen, neue Allianzen und mehr Staaten, die sich in einer breiten Koalition für einen konsequenten internationalen Klimaschutz einsetzen. Die BASIC-Staaten müssen bei ihrer Entwicklung zu einem CO₂-armen Wirtschaftssystem begleitet



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

werden. In unserer großen Anfrage fordern wir die Bundesregierung auf, sich zur Klimadiplomatie zu positionieren. Aktuelle Bewertungen, Planungen sowie Verhandlungsstrategien der Klimadiplomatie stehen dabei im Vordergrund. Auch der Stand der bi- und multilateralen Zusammenarbeit mit den BASIC-Staaten, USA, Russland, Afrika, Lateinamerika und Asien soll beleuchtet werden.

Ungarisches Mediengesetz zurück nehmen

Die ungarische Regierung hat unter ihrem Ministerpräsidenten Viktor Orbán Ende 2010 ein neues Mediengesetz verabschiedet, das die Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit einschränkt. Dies ist ein Verstoß gegen die im Vertrag von Lissabon genannten Werte der EU und steht im Widerspruch zur Charta der Grundrechte. Die Bundesregierung und die EU müssen dagegen ein klares Zeichen setzen. In unserem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung auf, die ungarische Regierung zu einer Rücknahme des Mediengesetzes zu bewegen. Die Europäische Kommission soll das Gesetz überprüfen und seine Neufassung fordern. Ansonsten ist ein Vertragsverletzungsverfahren anzustreben. Die Bundesregierung muss auf dem nächsten Europäischen Rat erklären, dass die Einhaltung der europäischen Verträge zu den Grundpfeilern der EU gehört und eine Missachtung nicht toleriert werden kann.



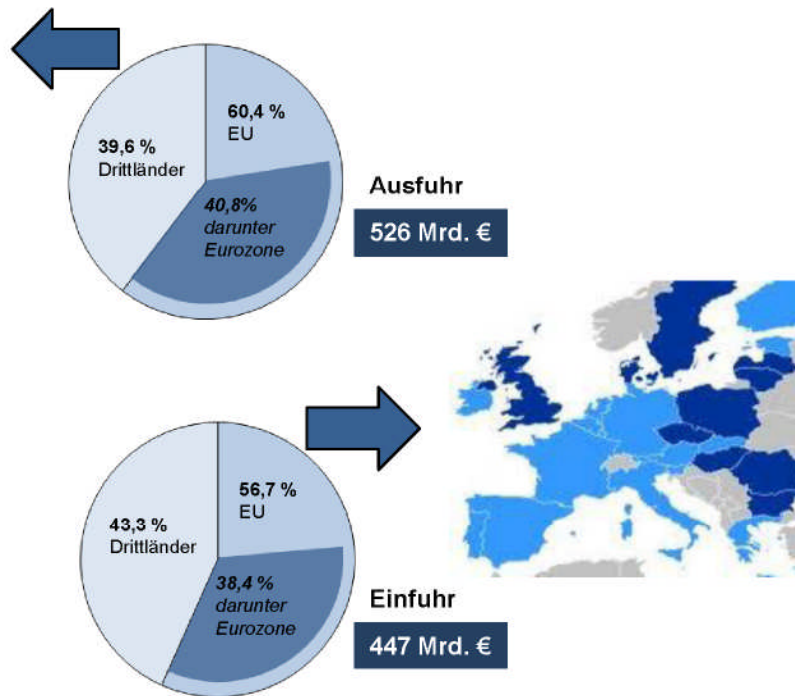
Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

III. Grafiken

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Europa in der Krise – Deutschland spürt die Folgen

Angaben für das 1. Halbjahr 2011



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die deutsche Wirtschaft ist eng mit der Wirtschaft der europäischen Partner verknüpft. Deutschland importierte in der ersten Hälfte 2011 Waren im Wert von 447 Milliarden Euro. Weit über die Hälfte (57 Prozent) stammte aus der EU, davon 38 Prozent aus den 17 Euro-Partnerländern. Dazu gehören wichtige Vorleistungen für deutsche Industrieprodukte. Noch gewichtiger sind EU bzw. die Euro-Zone auf der Kundenseite: Deutschland lieferte im selben Zeitraum über 60 Prozent seiner Ausfuhr in die EU; fast 41 Prozent davon gingen in die Euro-Zone.

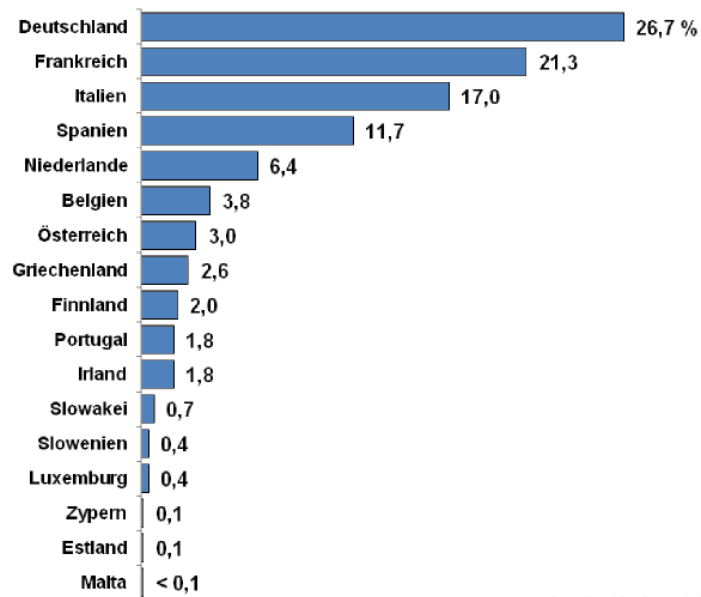


Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Europa in der Krise – Deutschland muss Verantwortung übernehmen

Anteile an der Wirtschaftskraft der Eurozone
in Prozent



Quelle: ifo Stand 2010

Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien repräsentieren drei Viertel der Wirtschaftskraft der insgesamt 17 Euroländer. Allein Deutschland erwirtschaftet mit 26,7 Prozent über ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts der Euroländer. Griechenland hat in der 17er-Gruppe nur ein Gewicht von 2,6 Prozent. Bezogen auf die gesamte EU mit ihren 27 Mitgliedstaaten sind es sogar nur zwei Prozent. Italien hingegen ist die drittgrößte europäische Wirtschaft. Damit ist klar: Deutschland als größtes Land und stärkste Volkswirtschaft in der Mitte des Kontinents muss Verantwortung übernehmen. Ebenso klar ist: Die Schuldentragfähigkeit Italiens ist jetzt entscheidend für den Zusammenhalt des Euroraums.